

Zuger Zeitung

Donnerstag, 1. Juni 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 126 | Fr. 3.50 | € 4.- www.zugerzeitung.ch



Garde
Philip Stierli aus Zug wird
als Schweizergardist
den Papst schützen. 19

Taliban-Dementi nach Anschlag

Afghanistan Bei dem verheerendsten Bombenanschlag in Kabul seit 2001 sind mindestens 90 Personen getötet und mehr als 460 verletzt worden. Der Anschlag ereignete sich an einem Verkehrsknotenpunkt in unmittelbarer Nähe zum Regierungs- und Diplomatenviertel. Die deutsche Botschaft wurde durch den Anschlag, der mit einer Autobombe durchgeführt wurde, massiv beschädigt, ein Botschaftsmitarbeiter wurde getötet, weitere verletzt. Auch das Kooperationsbüro der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) wurde beschädigt.

«Massive Verschlechterung der Sicherheitslage»

Die Taliban wiesen die Verantwortung von sich. Seit der Frühjahrsoffensive der Taliban hat es in Kabul sieben grosse Anschläge gegeben. Auch in anderen Provinzen kam es jüngst vermehrt zu Anschlägen, die von den Taliban oder der Terrormiliz Islamischer Staat verübt wurden.

Die Sicherheitslage in Afghanistan habe sich in den vergangenen zwei Jahren massiv verschlechtert, sagt Mirco Günther, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul, im Gespräch mit unserer Zeitung. «In Kabul kommt es wöchentlich zu Explosionen unterschiedlichen Ausmasses», so Günther. Auch in Regionen, in die Flüchtlinge insbesondere von Deutschland abgeschoben werden, sei die Sicherheitslage höchst angespannt. (sda/isd)

Kommentar 6. Spalte

3

Abschied nach 20 Jahren



Zug Rolf Renz (links), Präsident des Vereins IFZ, und der abtretende Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug, Christoph Lengwiler (Mitte), überreichen Nationalbankpräsident Thomas Jordan eine Zwanzigernote mit seinem Porträt. Lengwiler hat das Kompetenzzentrum seit der Gründung im Jahr 1997 geleitet. 13

Bild: Nadia Schärli (Zug, 31. Mai 2017)

Kommentar

Von wegen sicher

Afghanistan ist gestern in unser Gedächtnis zurückgebombt worden. Mindestens 90 Tote und 460 Verletzte lassen kein Wegschauen zu – auch wenn der Terror dieses Mal weit weg von Europa gewütet hat. Afghanistan ist Kriegsgebiet nicht nur in der Hauptstadt Kabul: Viele Regionen sind umkämpft oder wieder in der Hand der islamistischen Taliban. In 31 von 34 Provinzen des Landes wird immer wieder gekämpft. Allein letztes Jahr mussten über 600 000 Menschen ihre Häuser verlassen. Ausländische Kampftruppen sind nicht aus Afghanistan abgezogen worden, weil sie das Land befriedet haben, sondern weil Europa und die USA kriegsmüde waren. Und längst auch der Flüchtlinge müde sind.

Die Zahl der kriegsbedingt intern vertriebenen Menschen in Afghanistan beträgt jetzt mehr als zwei Millionen. Ihre Lebensbedingungen sind meist katastrophal. Auch Flüchtlinge, die aus dem Ausland zurückkommen, freiwillig oder weil sie dort abgeschoben wurden, stehen vor dem Nichts. In Europa meist Wirtschaftsflüchtlinge geschimpft, stehen sie jetzt erst recht ohne wirtschaftliche Perspektive da.

Warum aber schieben europäische Staaten und allen voran Deutschland afghanische Flüchtlinge in ihre angeblich sichere Heimat zurück? Auch das hat wirtschaftliche Gründe: Es ist kein Geheimnis, dass auch die EU finanzielle Hilfe an Kabul an die Rücknahme von Flüchtlingen knüpft. Es stimmt, es sind Unsummen an westlichen Hilfsgeldern nach Afghanistan geflossen – aber vor allem in die Taschen korrupter Amtsträger, der Ansprechpartner der Europäer, wenn es darum geht, das Flüchtlingsproblem «zu lösen».



Walter Brehm
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Grossprojekt nimmt Hürde

Rotkreuz Auf dem Suurstoffi-Areal wird bald in die Höhe gebaut. Direkt beim Bahnhof Rotkreuz entsteht ein Gebäudekomplex, in dem unter anderem das Departement Informatik der Hochschule Luzern unterkommen wird. Nun hat das Projekt eine wichtige Hürde genommen: Der Gemeinderat hat die Baubewilligung erteilt. Ein Grossteil der insgesamt 20 Einsprachen, die eingegangen waren, wurde zurückgezogen. Die Grundeigentümerin Zug Estates wartet nun den Ablauf der Beschwerdefrist ab. Wenn sie ungenutzt verstreicht, könne man voraussichtlich im Sommer 2019 den Campus übergeben, sagt die Immobilienunternehmung. (red)

23

Post: Drei Gemeinden können aufatmen

Zug Nachdem Ende Januar Prognosen der Gewerkschaft Syndicom zu künftigen Poststellschliessungen in einigen Gemeinden für Aufregung gesorgt hatten, können sich viele von ihnen nun wieder etwas entspannen. Die Post hat ihre Pläne für die kommenden drei Jahre kommuniziert. Aus diesen geht hervor, dass sie das Bestehen von acht der bisher elf Poststellen garantiert – dies zumindest während der kommenden drei Jahre. Voraussichtlich geschlossen werden die Poststellen in Oberägeri, Menzingen sowie die ehemalige Hauptpost in Zug. Bei all diesen wird nun überprüft, wie das Angebot der Post in einer anderen

Form gewährleistet werden kann. Sei dies mit einer Partnerfiliale, wie die Postagenturen neu genannt werden, oder mit einem Hausservice.

Die Gewerkschaft Syndicom verurteilt die geplante Schliessung der Poststellen – insbesondere einen Tag nach der klaren Nationalratsdebatte, die sich gegen den Abbau der Poststellen richtete. «Der Nationalrat hat gestern eine Motion verabschiedet, welche die aktuellen Schliessungsabsichten verunmöglicht würde», schreibt Syndicom.

Die Post äussert sich derzeit nicht zu dieser Debatte. Sie wolle den Beschluss des Parlaments abwarten. (zg)

19

Höhere Mietzulagen für bedürftige Rentner

Ergänzungsleistungen Der Ständerat hat gestern einen Schritt gemacht, um das rasche Kostenwachstum bei den Ergänzungsleistungen (EL) zu bremsen. Für die Krankenkasse soll künftig ein tieferer Pauschalbetrag ausgerichtet werden. Vermögen und Einkommen werden bei der Berechnung des EL-Anspruchs stärker berücksichtigt. Auch der Kapitalbezug von Pensionskassenguthaben wird eingeschränkt.

Bei der Reform geht es aber nicht ausschliesslich ums Sparen. Für die Wohnung sollen bedürftige Rentnerinnen und Rentner mehr Geld erhalten. Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Die Ergänzungsleistungs-Ausgaben

haben sich zwischen 1998 und 2012 auf 4,4 Milliarden Franken mehr als verdoppelt. Längst bekannt ist auch, dass die anrechenbaren Mieten nur noch wenig mit der Realität auf dem Wohnungsmarkt zu tun haben. Heute können Alleinstehende monatlich maximal 1100 Franken als Ausgabe angeben, Ehepaare 1250 Franken. Ein grosser Teil der betroffenen Haushalte muss sich die Miete also vom Mund absparen. Der Bundesrat schlug daher höhere Mietzinsmaxima vor.

Unter dem Strich sparen damit vor allem die Kantone, für den Bund wird die EL sogar teurer. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. (sda)

5



WIR-Opposition geht leer aus

Versammlung Die Genossenschaftler der Basler WIR-Bank haben der Unternehmensleitung trotz heftiger Kritik von oppositionellen Mitgliedern an und vor der Veranstaltung ihre Unterstützung zugesagt. Nach Angaben von WIR-Sprecher Volker Strohm waren 277 der rund 2100 Stimmen an der Versammlung vertreten.

Die Zahl der anwesenden Personen war geringer als die Stimmzahl, denn jeder Genossenschaftler darf nach den Statuten die Stimme eines zweiten Genossenschafters vertreten. Die Anträge des Verwaltungsrates wurden nach Auskunft Strohms mit 70 Prozent (Vergütungsbericht), 73 Prozent (Entlastung), 79 Prozent (Vergütungsvorschlag für das laufende Jahr), 80 Prozent (Jahresbericht) und 94 Prozent (Gewinnverwendung) gutgeheissen.

Kritiker finden keine Unterstützung

Trotz des vergleichsweise schmalen Pflichtprogramms dauerte die Veranstaltung drei Stunden. Es habe eine «angeregte Diskussion» stattgefunden, teilte WIR in einem Communiqué mit.

Medienvertreter waren nicht zugelassen. Strohm sagte, es hätten 15 bis 20 Personen das Wort ergriffen. Selbstredend wurden auch die Kritiker laut, welche in den vergangenen Wochen und Monaten die schleichende Entmachtung der Genossenschaftler angeprangert und die Geschäftsführung für die erodierenden Umsätze innerhalb des WIR-Verrechnungssystems verantwortlich machten. Die Aufrufe, der WIR-Führung an der GV, die Unterstützung zu verweigern, fand offensichtlich nicht die nötige Unterstützung. (dz)

CKW suchen neuen Finanzchef

Personalie Der Finanzchef der Central Schweizerischen Kraftwerke (CKW) nimmt nach vier Jahren den Hut. Christian Hütwohl verlässt das Unternehmen per Ende September.

Wie die CKW gestern mitteilen, will der 54-jährige Ökonom und frühere Finanzchef bei Swisscom und Sunrise im nächsten Jahr eine neue Herausforderung annehmen. Details waren zunächst nicht bekannt. Hütwohl leitet die Finanzen des Energieunternehmens seit 2013 und ist auch Mitglied der Geschäftsleitung. Die Rekrutierung für die Nachfolge wird laut Mitteilung in den nächsten Tagen eingeleitet. (sda)

Migros übernimmt Hitzberger

Take-away Die Genossenschaft Migros Zürich hat das Gastronomieunternehmen Hitzberger übernommen: Sie plant eine Expansion und will die Zahl der Standorte von heute sechs auf elf erhöhen. Laut einer Migros-Mitteilung von gestern haben sich «zwei gleichgesinnte Unternehmen gefunden».

Die Migros Zürich verfüge über vielseitige Schnellverpflegungsmomente wie «Migros Take Away» oder «Frau Helvetia». Hitzberger biete an fünf Zürcher Standorten sowie an einem in Basel «Fast Food natürlich» an. (sda)

Viel Lob und ein Abschied

IFZ-Jubiläum Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug feiert sein 20-jähriges Bestehen und verabschiedet sich von seinem Gründer. Ehrengast war Nationalbankpräsident Thomas Jordan.



Nationalbankpräsident Thomas Jordan (links) und der abtretende Co-Leiter des IFZ, Christoph Lengwiler.

Bild: Nadia Schärli (Zug, 31. Mai 2017)

Livio Brandenburg

Der Stolz bei den Verantwortlichen war gestern spürbar. Das Institut für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern, kurz IFZ, feierte am Noch-Sitz beim Zuger Bahnhof sein 20-jähriges Bestehen. Noch-Sitz, weil das IFZ in naher Zukunft nach Rotkreuz umsiedeln wird. Denn 2014 haben die Hochschule Luzern und der Kanton Zug entschieden, in Rotkreuz einen neuen Campus zu bauen. Im Herbst 2019 soll dort neben dem neu geschaffenen Departement Informatik auch das IFZ einziehen. Aber zurück zum Jubiläum.

Im Zentrum der Feierlichkeiten stand die Verabschiedung des Gründers und Institutsleiters der

ersten Stunde, Christoph Lengwiler (siehe Kasten). Der Krienser sei untrennbar mit der Geschichte und dem Erfolg des IFZ verbunden, sagte der ehemalige Direktor der Schweizerischen Nationalbank Luzern, Max Galliker, in seiner Laudatio.

Nach wenigen Jahren selbsttragend

Und dass es sich um eine Erfolgsgeschichte handelt, dürfte wohl niemand bestreiten. 1994 lassen der Handels- und Dienstleistungsverband Zug, die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug und die Schweizerische Bankgesellschaft (heute UBS) eine Studie zum Handels- und Finanzplatz Zug erstellen. Diese schlägt Massnahmen zur Verbesserung

der Rahmenbedingungen vor, darunter den Aufbau eines Hochschulstudiums für Finanzen und Handel. Die Idee wird von der Volkswirtschaftsdirektion zusammen mit der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule HWV Luzern (heute Hochschule Luzern) in einem Vorprojekt ausgearbeitet. Nach einer Anschubfinanzierung wird das IFZ im Oktober 1997 offiziell eröffnet. Schon wenige Jahre später ist es selbsttragend.

Heute erwirtschaftet das Institut gegen 10 Millionen Franken pro Jahr, etwa mit Studiengeldern, Honoraren, Projektbeiträgen oder durch Sponsoring. Zudem erhält das IFZ für die Finanzierung der Forschung rund 1 Million von der Hochschule.

Die Investition in die Forschung und die Lehre beim IFZ pries gestern auch Gastredner Thomas Jordan. In einem Rückblick auf die letzten 20 Jahre Entwicklung der Schweizer Wirtschaft und der Geldpolitik mahnte der Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), dass die hiesigen Unternehmen nur dann wettbewerbsfähig bleiben können, wenn sie nicht stehen bleiben.

«Die Unternehmer sind dafür verantwortlich, dass ihre Firmen innovativ bleiben. Dazu liefert das IFZ einen grossen Beitrag», so Jordan. Er sprach damit auch die eigentliche Stärke des Instituts an, die Weiterbildung. So haben letztes Jahr knapp 3200 Studenten am IFZ Weiterbildungslehrgänge besucht.

Nachfolge wird demnächst bekannt

Leitung «Es hat Spass gemacht, aber nun ist es Zeit, zu gehen», sagte gestern Christoph Lengwiler. Für den Co-Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) bot der Jubiläumsanlass auch eine Bühne für seinen Abschied vom Institut, dessen Leitung er bei der Gründung 1997 übernahm und nun nach 20 Jahren Ende August abgeben wird. Er habe selber den Zeitpunkt für den Abtritt wählen wollen, begründete er seinen Entscheid: «Nicht, dass man irgendwann gesagt hätte: «Endlich geht er.»»

Die Ankündigung seines Weggangs hatte letztes Jahr seine Kollegen beim IFZ perplex hinterlassen. «Wir wollten es zuerst nicht wahrhaben», sagte Co-Institutsleiter Linard Nadig anlässlich der Verabschiedung von Lengwiler. Im Nachhinein könne man aber sagen, dass es Anzeichen dafür gegeben habe, dass Lengwiler «sein Baby» loslassen werde. Nun müsse man noch einige Fragen klären, sagte Nadig.

Offen bleibt zunächst zum Beispiel die Frage nach der Nachfolge für Lengwiler. Doch wie gestern zu hören war, dürfte schon bald bekanntwerden, wer seine Funktion übernehmen soll. Sicher ist, dass es weiterhin eine Co-Leitung zusammen mit Linard Nadig sein wird.

Ganz loslassen will Lengwiler allerdings nicht. Der 58-jährige Krienser bleibt weiterhin Dozent am IFZ und konzentriert sich auf seine Forschungstätigkeit. Daneben hat er diverse Mandate, etwa als Verwaltungsrat der Berner Kantonalbank. «Ich werde auch in Zukunft Spass haben», sagte Lengwiler. (mim)

200 Poststellen droht das Aus

Schliessung Laut einer ersten Auswertung stehen 202 Filialen in 15 Kantonen auf der Kippe. Auch Städte sind betroffen.

In den letzten Monaten hat die Post schrittweise bekanntgegeben, wie viele Poststellen in einzelnen Kantonen gefährdet sind. Eine erste Auswertung zeigt nun, dass schon über 200 Poststellen in der Schweiz das Aus droht. Kantone und Gemeinden kritisieren das Vorgehen. Die Post hatte im vergangenen Herbst angekündigt, das Schweizer Poststellennetz zu überprüfen. Von den heute 1400 Poststellen sollen bis in vier Jahren nur noch 800 bis 900 übrig bleiben. Inzwischen hat die Post in mehr als der Hälfte der Kantone ihre Pläne bekanntgegeben.

Eine Auswertung der Nachrichtenagentur SDA von 15 Kantonen zeigt nun, dass schweizweit bislang 202 Poststellen auf der Kippe stehen. Betroffen sind mehrere hundert Arbeitsplätze. Für 356 Poststellen garantiert die Post den Weiterbetrieb bis ins Jahr 2020. Gleichzeitig hat sie angekündigt, bis zu 220 neue Zugangsstellen zu schaffen. Am härtesten trifft es Bern. Die Post will

in dem Kanton fast die Hälfte oder 76 ihrer Poststellen in eine Agentur umwandeln oder schliessen. Auch in Graubünden, Schwyz und Solothurn steht fast jede zweite Poststelle auf der Kippe. In Zürich sind es 26 von 130 Poststellen, in Neuenburg jede dritte.

Anders als ursprünglich erwartet, trifft es dabei nicht nur ländliche Gebiete wie Graubünden, Obwalden, Nidwalden und Glarus, sondern auch Städte und Agglomerationen. In Basel-Stadt etwa konnte der Kanton die drohende Schliessung der Hauptpost nur nach einer Intervention vorerst abwenden.

Was heisst «überprüfen»?

Gewerkschaften wie Syndicom kritisieren die Pläne der Post als «Kahlschlag». Die Post verfolge eine «Salamitaktik», über Filialschliessungen häppchenweise Kanton um Kanton zu informieren. Zudem spreche sie trotz der Abbaupläne von einer «sorgfältigen Einzelfallüberprüfung» nicht

garantierter Poststellen. Er kenne keinen einzigen Fall, in dem eine zu überprüfende Poststelle nicht geschlossen worden wäre, sagte Syndicom-Zentralsekretär Roland Lamprecht auf Anfrage. Diese Überprüfung nehme die Post aufgrund gesetzlicher Vorgaben vor, nachdem der Entscheid intern schon gefallen sei.

Das Vorgehen der Post stösst auch bei den Regierungen der betroffenen Kantone und Städte auf Kritik. Wenn die Post von einer Überprüfung in jedem Einzelfall spreche, müsse es auch tatsächlich eine solche geben, forderte der Bündner Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic Parolini Mitte Mai, als die Post über seinen Kanton informierte.

Im Nationalrat regt sich ebenfalls Unmut über den Abbau des Poststellennetzes. Die grosse Kammer hat am Dienstag fünf Motionen zur Post angenommen. Eine davon verlangt, dass die Kriterien für die Erreichbarkeit künftig auf regionaler Ebene festgelegt werden. (sda)

Hunderte UBS-Angestellte ziehen von Zürich nach Biel

Banken Die Grossbank will sparen und setzt deshalb auf eine Standortpolitik der «massvollen Regionalisierung».

Bankangestellte der UBS ohne Kundenkontakt werden künftig vermehrt in mittelgrossen Schweizer Städten arbeiten, etwa in Biel, Schaffhausen oder Renens. «Wir haben den Mietvertrag für ein ehemaliges Swisscom-Gebäude in Biel unterschrieben», bestätigt eine UBS-Sprecherin entsprechende Meldungen in verschiedenen Deutsch- und Westschweizer Zeitungen von gestern.

Dort sollen Ende 2018 oder Anfang 2019 die ersten UBS-Mitarbeitenden einziehen. Das Gebäude bietet Platz für bis zu 600 Angestellte. In diesem sogenannten Shared Service Center sollen Tätigkeiten des Backoffice ausgeführt werden: IT-Dienstleistungen, Aktivitäten rund um die Kontoeröffnung, Wertschriftenabwicklung und die Erstellung von Steuerausügen.

Parallel zum Aufbau des Centers in Biel will die UBS ein bestehendes im waadtländischen Renens vergrössern. Dort arbeiten bereits 350 bis 400 Mitarbei-

tende. Mit dieser breit angelegten Verlagerung von Angestellten aus Zürich in die Regionen will die UBS Kosten sparen.

Beispielsweise in Biel liegen die Mieten, Löhne und weitere Aufwendungen tiefer als im Wirtschaftszentrum Zürich. «Ein Umzug nach Biel bringt eine Ersparnis von 12 bis 20 Prozent», sagte denn auch der operative UBS-Chef Axel Lehmann gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ).

Deutsch- und Westschweiz abgedeckt

Der Umzug nach Biel und der Ausbau von Renens sind Teil einer breit angelegten Regionalisierungsstrategie der UBS. So gab die Bank bereits Mitte November letzten Jahres bekannt, ein solches Service-Zentrum in Schaffhausen eröffnen zu wollen.

Erste Mitarbeitende werden kommenden Herbst dorthin umziehen. Damit wird die UBS die Deutsch- und die Westschweiz abdecken. (sda)